

Westberlin - Gefahrenherd Nr. 1 in Europa, Lage in Westberlin kann dritten Weltkrieg auslösen, Westberlin ist das größte Agenden- und Spionagenetz in Europa, so und ähnlich warnten schon oft die Schlagzeilen der Zeitungen unserer Republik und der sozialistischen Länder. Besorgt blickten seit Jahren die friedliebenden Menschen nach Berlin und ebenso besorgt verfolgen sie die unheilvolle Politik der imperialistischen Mächte und ihrer deutschen Helfershelfer in den Berliner Westsektoren.

Vom USA-Imperialismus ist dieser Stadt die Rolle einer Frontstadt zugesprochen und die Westberliner und Bonner Politiker setzen alles daran, diese Politik zu verwirklichen. Wie viele Zwischenfälle wurden hier schon provoziert, wie viele kritische Situationen geschaffen, die es den westlichen Besatzungsmächten ermöglichen sollten, ihre Panzer gegen die DDR einzusetzen. Ebenso viele Provokationen sind an der Besonnenheit der staatlichen Organe der DDR gescheitert. Aber weiter steht drohend im Raum, was der „Kurier“, das Blatt des Bonner Ministers Lemmer, am 13. August 1958 schrieb: „Einen Knalleffekt zu produzieren, wäre hier sicherlich relativ leicht.“

Um einen solchen „Knalleffekt“ zu verhindern, gaben die Regierungen der Sowjetunion und der DDR ihre Vorschläge zur Lösung der Westberlinfrage bekannt, versuchten sie seit drei Jahren den Boden umzugraben und für eine friedliche Nutzung nutzbar zu machen, auf dem das Unkraut der faschistischen Kriegstreiber heute noch gedeihen kann.

Eindeutige Rechtslage

In der Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland vom 5. 8. 1945, Punkt 1, heißt es:

„Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die Oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern ... auf Weisung ihrer Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten.“ (Gleichlautend: Potsdamer Abkommen: III - A 1.)

Ergänzend heißt es weiter: „Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt.“

Berlin wurde also nicht aus der sowjetischen Besatzungszone herausgelöst, sondern blieb Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone und damit unter der Obersten Gewalt der Sowjetunion. Das zeigte sich auch darin, daß z. B. die Reichsbahn und das Wasserstraßennetz in ganz Berlin weiterhin unter sowjetischer Verwaltung blieben.

Die Westmächte erhielten lediglich das Recht der Beteiligung an der Besetzung Berlins. In Punkt 2 der Feststellung über die vier Besatzungszonen wird dazu ausgeführt: „Das Gebiet von Groß-Berlin wird von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt. Zwecks gemeinsamer Leitung der Verwaltung wird eine interalliierte Behörde errichtet.“

Die Stellung von Berlin wird auch durch vorherige Festlegungen umrissen, so z. B. durch das Protokoll über die Bildung der Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12. 9. 1944. Auf die Festlegungen in diesem Protokoll geht übrigens auch die Zurückziehung amerikanischer Truppen aus Sachsen, Thüringen und Westmecklenburg zurück, von der die westliche Journalistik oftmals behauptet, daß sie als Kompensation für Berlin geschähe.

Die Alliierten haben bei der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands die Pflicht übernommen, die Kräfte des Krieges in Deutschland endgültig auszuschalten und eine friedliche demokratische Entwicklung in ganz Deutschland zu sichern. Deutschland sollte dabei ein wirtschaftliches Ganzes bleiben. Daraus ergibt sich, daß Berlin die Hauptstadt blieb und dabei Sitz des Kontrollrates wurde. Daraus ergibt sich auch, daß Berlin gemeinsam verwaltet und besetzt wurde und die Alliierte Kommandantur als Berliner Vollzugs-

organ des Kontrollrates gebildet worden ist. Alle diese Maßnahmen änderten nichts daran, daß Berlin im Besatzungsgebiet der Sowjetunion lag.

Die Alliierte Kommandantur erklärte bei ihrem ersten Zusammentritt am 11. Juli 1945, daß alle von sowjetischen Kommandanten bisher getroffenen Maßnahmen in Kraft blieben. Nach anfänglicher fruchtbarer Zusammenarbeit begannen jedoch die englischen und amerikanischen Kommandanten Sondermaßnahmen für ihre Besatzungssektoren durchzuführen: Antifaschistische Leiter Westberliner Betriebe wurden abgesetzt und zurückgekehrte frühere faschistische Betriebsleiter wieder in Amt und Würden gebracht; die Einheit der Berliner Polizei wurde zerstört; eine sogenannte „Deutsche Verwaltungsgruppe“ wurde im britischen Sektor gebildet; Gründung sogenannter unabhängiger Tageszeitungen („Tagesspiegel“, „Telegraph“, „Der Abend“ u. a.) usw.

Mit dieser Entwicklung Hand in Hand ging in Berlin der Terror gegen die Arbeitereinheit, bei dem die Klingelhöfer, Swulinsky, Scharnowski und andere ihre westlichen Auftraggeber tatkräftig unterstützten. Sie inszenierten eine sogenannte Urabstimmung gegen die Vereinigung der

betrieben eine Obstruktionspolitik, so, daß dessen Tätigkeit im März 1948 zum Erliegen kam.

Widerrechtliche Währung in Westberlin

Der in Bildung begriffene Bonner Separatist kam der vollstündigen Spaltung Deutschlands durch seine Währungsreform einen Schritt näher. Am 18. 8. 1948 gaben die westlichen Militärkommandanten das schriftliche Versprechen ab, die neue Währung in Westberlin nicht einzuführen. Bereits am 23. 8. brachen sie ihr Versprechen, die neue Währung wurde eingeführt. Selbst die Finanzsachverständigen der Westmächte mußten am 22. Juni 1948 eingestehen, daß sie „volles Verständnis besitzen für die Argumentation der sowjetischen Besatzungsbehörden, wonach es unmöglich ist, in Berlin anders Geld als in der sowjetischen Besatzungszone in Umlauf zu bringen, da Berlin im Zentrum dieser Zone liegt und mit ihr durch wirtschaftliche Beziehungen aller Art verbunden ist.“

Nach Verhandlungen über diese Frage wurde von den Vertretern der vier Besatzungsmächte in Moskau am 30. August 1948

ihre militärische Stellung in Westberlin aus; Westberlin wird zum hervorragenden Agenten- und Diversionstheater gegen die DDR und die sozialistischen Staaten; Westberliner Jugendliche werden zur Bonner NATO-Truppe eingezogen; in Westberlin finden Revanchistentreffen statt, damit wird die Brückenkopfstellung im Kalten Krieg betont usw. usw.

In der Folgezeit hat sich mehrmals bewiesen, daß Westberlin von vornherein als Provokationszentrum gegen die DDR und die sozialistischen Staaten gedacht war. Die Ereignisse des 17. Juni 1953, die Operationspläne der NATO-Wehrmacht, die Flaggengewalt auf S-Bahnhöfen u. a. beweisen das.

Damit erfüllt der militärische Ausbau Westberlins den zweifachen Zweck: die wirtschaftliche, politische und ideologische Festigung des Sozialismus in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zu stören und die geographische Lage Westberlins inmitten der DDR zu militärischen Zwischenfällen auszunutzen, welche die internationalen Beziehungen verschlechtern und zu einem atomaren Weltkrieg führen sollen.

In den letzten Jahren hat sich immer

Auf der Genfer Außenministerkonferenz wurde von den Westmächten die Notwendigkeit der Veränderung der anomalen Situation und des Abschlusses eines Friedensvertrages im allgemeinen anerkannt. Sie versuchten jedoch immer wieder, beide Fragen voneinander zu trennen. Welchen Wert kann jedoch ein Friedensvertrag haben, in dem nicht gleichzeitig getreu den Prinzipien der Antihitlerkoalition die Entschärfung der Atomzeitbombe Westberlin festgelegt ist? Wenn die Westmächte weiterhin in ihrer Starrheit verharren, wenn sie weder einen einheitlichen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, noch eine Friedensregelung auf der Grundlage zweier Verträge wollen, dann werden die Sowjetunion und alle interessierten Staaten der Antihitlerkoalition mit einem der existierenden deutschen Staaten - mit unserer Republik - den Friedensvertrag abschließen. Damit werden auch die Besatzungsrechte in Westberlin erlöschen. Die Westmächte müssen dann ihrerseits schleunigst verhandeln, um sich aus der für sie unangenehmen Brückenkopfstellung herauszuziehen.

Diese von der UdSSR und der DDR unterbreiteten Vorschläge entsprechen voll und ganz der Notwendigkeit und können sicherlich mit befristeten Zwischenlösungen erreicht werden. Dieser Vorschlag legt zugleich auch die Perspektiven Westberlins klar:

Westberlin wird entmilitarisiert:
a) Das Besatzungsregime wird aufgehoben (mit seiner Oberhoheit über die Berliner Polizei);

b) Die Errichtung militärischer Anlagen, Rüstungsproduktion, Lagerung von Atomwaffen, die Dienstleistung Westberliner in militärischen Formationen ist verboten;

c) Militaristische und revanchistische Verbände, das Auftreten von Kriegsverbrechern, Kriegshetze sind verboten;

d) In- und ausländische Spionage- und Agentenorganisationen werden aufgelöst.

Es liegt klar auf der Hand und bedarf keines großen Kommentars, welche Vorteile die Durchführung der vorstehenden Maßnahmen für die Westberliner Bevölkerung mit sich bringt.

Durch die Beseitigung der Ausgaben für die Provokationspolitik (Unterhaltung von Vorratslagern, Finanzierung von Republikflüchtigen, Frachthilfen, Unterhaltung der Bürgerkriegsberaterschafspolizei usw.) könnten jährlich etwa 350 Millionen D-Mark gespart werden. Dazu kommen jährlich über 200 Millionen D-Mark Besatzungskosten und viele andere Belastungen für die Bevölkerung.

Die Lösung des Westberlinproblems wird zur dringenden Notwendigkeit. Sie wird geboten von der Sicherheit der Bevölkerung Westberlins und der gesamten friedliebenden Bevölkerung Europas und der ganzen Welt. Wenn westliche Gazetten manchmal noch großsprecherisch und hysterisch verkünden, „Westberlin ist ein Krieg wert!“, dann beweisen die Schreiberlinge solcher Artikel nicht nur völlige Nichtigkeit der gegenwärtigen politischen Realitäten, sondern zugleich ihre Angst, daß ihnen die Felle des kalten Krieges wegzuschwimmen drohen. Von ihnen wird aber nicht die Geschichte gemacht. Geschichtsbücher schreiben die wirklichen Massen der ganzen Welt. Und sie werden ihre Regierungen zwingen, auch die Westberlinfrage nüchtern und real zu sehen und zu lösen und den Vorschlägen der sozialistischen Länder zuzustimmen.

(Ausgabe aus Dokumenten und andere Angaben wurden der Schrift eines Kollektivs unter Leitung von Prof. Dr. P. A. Steimier „Westberlin“, Kongress-Verlag Berlin 1959, entnommen.)

Gerhard Gerth

Die UZ ruft ihre Leser dazu auf, sich mit Fragen über den Friedensvertrag und das Westberlinproblem an die Redaktion zu wenden. In der nächsten Ausgabe antworten darauf Prof. Dr. Arzinger und Dr. Poeggel

Westberlin darf kein „Knalleffekt“ werden

Sowjetisches Memorandum zur Deutschlandfrage: Schnelle Lösung des Westberlinproblems durch Friedensregelung

beiden Arbeiterparteien, brachten jedoch keine neue Prozent der Stimmen aller Sozialdemokraten in ganz Berlin gegen die Vereinigung bzw. Zusammenarbeit von KPD und SPD zusammen. Jetzt vollzogen sie die offene Spaltung der Berliner SPD-Organisation und gründeten am 7. 4. 1948 eine „neue“ SPD. Im Mai 1948 wurden dann auch die einheitlichen Gewerkschaften durch die Gründung der UGO und die Schließung der FDGB-Büros in den Westsektoren gespalten.

Die fortbestehende Spaltung der Arbeiterbewegung in einem Teil Berlins nützte nur der deutschen und internationalen Reaktion. Klingelhöfer schrieb damals provokatorisch im „Tagesspiegel“: „Seit dem 7. April 1946 ist Berlin Brückenkopf geworden.“

Bruch des Potsdamer Abkommens im Interesse der Monopole

Nachdem sich diese „Voraussetzungen“ geschaffen hatten, gingen die westlichen Spalter zum offenen Bruch des Potsdamer Abkommens über. Dafür seien nur einige Beispiele angeführt:

Im Berliner Stadtparlament wurde bei einer bestehenden Zweidrittelmehrheit der Arbeiterparteien im Frühjahr 1947 das Konzernentsorgungsgesetz mit 118 von 130 Stimmen beschlossen. Die westlichen Militärkommandanten als Vertreter ausländischer Monopole stellten sich schließend vor das deutsche Monopolkapital und verweigerten diesem Gesetz in der Alliierten Kommandantur ihre Zustimmung und verhinderten damit seine Inkraftsetzung. Gleichzeitig ließen die Westmächte in ihren Sektoren Berlins die Unternehmerverbände zu. Nach dem von den Westmächten provozierten Scheitern der Londoner Konferenz Anfang 1948 und der Durchführung ihrer Separatkonferenz rückten sie endgültig vom Viermächtestatus in Deutschland ab. Die westlichen Vertreter im Kontroll-

eine Direktive an die Oberbefehlshaber der Besatzungsgruppen vereinbart, in der es u. a. heißt:

„b) Die Deutsche Mark der Sowjetzone ist als die einzige Berliner Währung einzuführen, und die westliche B-Mark ist in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen.“

d) ... Die Regelung des Geldumlaufs in Berlin hat durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone ... zu erfolgen.“

Damit haben die Westmächte anerkannt, daß ganz Berlin ein Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone ist, daß es weder zu den Westzonen gehört, noch eine sogenannte fünfte Zone darstellt.

Es blieb jedoch bei der Unterzeichnung dieser Direktive. Ein Schritt zu ihrer Verwirklichung erfolgte von den Westmächten nicht. Im Gegenteil: In den folgenden Monaten wird durch ihre Handlungsweise die Spaltung Berlins perfekt. Als am 30. 11. 1948 der damalige Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt und ein provisorischer Magistrat unter Friedrich Ebert gebildet wurde, setzten die Spalter in Westberlin einen Separatmagistrat ein, führten das Luftbrückenunternehmen durch usw. Die Spaltung Berlins war perfekt.

Adenauers Eingeständnis

Aus der gesamten Entwicklung und aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, daß Berlin zu dem Territorium der DDR (vorher der sowjetischen Besatzungszone) gehört und als Hauptstadt Deutschlands Sitz des Alliierten Kontrollrates war. Übrigens hat Adenauer selbst in einem völkerrechtlichen Dokument die Unzuständigkeit des Bonner Staates für Westberlin einräumen müssen, nämlich in dem 1958 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Konsularvertrag, der sich bekanntlich nicht auf Westberlin bezieht.

Seit 1948 geht dann der Ausbau Westberlins in eine „Frontstadt“ mit Riesenschritten weiter: Die Westmächte bauen

deutlicher gezeigt, daß Westberlin gegenwärtig einer der größten Gefahrenherde für den Weltfrieden ist und zur Vertiefung vieler internationaler Spannungen führt. Die Lösung der Westberlinfrage ist also nicht nur ein lokales oder nationales, sondern zugleich ein internationales Problem. Obwohl die Rechtslage eindeutig ist, sind doch die Regierungen der DDR und der UdSSR bereit, echte Kompromisse zu schließen, wenn sie zur Entspannung der internationalen Lage führen.

Die Lösung heißt:

Freie Stadt Westberlin

Die Vorschläge aus der Note vom 27. 11. 1958 sind auch im Entwurf eines Friedensvertrages der Sowjetunion vom 10. 1. 1959 aufgenommen. Von unserer Regierung wurden ebenfalls Vorschläge in der gleichen Richtung gemacht. Der Kernpunkt aller dieser Vorschläge ist, daß Westberlin bis zur Wiedervereinigung den Charakter einer selbständigen politischen Einheit erhält, und zwar einer unantastbaren Freien Stadt mit eigener Regierung, eigenem sozialen und staatlichen System unter Garantie der vier Mächte und der DDR (evtl. unter Beteiligung der UNO), wie es jetzt erneut im sowjetischen Memorandum vorgeschlagen wurde.

Damit würde den militaristischen und revanchistischen Kräften Westdeutschlands eine Provokations- und Aggressionsbasis entzogen. Folglich ergibt sich eine natürliche Wechselwirkung zwischen der Lösung des Westberlinproblems und der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland. Grundsätzlich muß ein Friedensvertrag mit Deutschland dazu dienen, den westdeutschen Militarismus zu bändigen und das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auch in Westdeutschland herzustellen.

Protektionskinder des Bonner Staates

SA-Schröder hat „keinerlei Bedenken“ gegen Förderung der Korporationen

alten Lieder „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“, wie auf der Tagung des Weinheimer Verbandes alter Korpsstudenten auf der Wachenburg, oder das faschistische Horst-Wessel-Lied, wie 1931 in München bei einem Saufgelage im Garten einer Gaststätte die Angehörigen zweier Farben tragender Verbindungen. Ein paar Monate zuvor hatte sich der Erstschargierte des „Ingolbundes“ öffentlich geäußert: „Es ist eine Schweinerei, wie weit die heutige Jugend schon wieder demokratisch ist. Wir bekennen uns zum Unterordnungsprinzip.“ Anlässlich der Gründung des „Coburger Convents“ 1951 erklärte der Verfasser des Liedes „Student sein, wenn die Weichen klappen“. „Das Problem, Kreuz oder Hammer und Sichel, zu lösen, ist in diesem Sinne Aufgabe der deutschen Waffenstudenten.“ „Im Kriege wiegen die Eigenschaften des Charakters schwerer als die des Verstandes“, erklären die Korporationen in Anlehnung an alte Nazi-Thesen. „Wir überlassen es nicht der von der Schule kommenden, teilweise von einem schlechten „Zeitgeist“ beeinflussten Jugend zu bestimmen, welches das für sie geeignete Erziehungsmittel ist. Wo und wann hat es jemals ein Oberst seinen Fähnrichen überlassen, zu bestimmen, auf welchem Wege sie zu Soldaten und Offizieren werden?“ („Deutsche Korpszeitung“ 1958)

Wie einst gehabt

Solch forscher Pädagogik kann der Bonner Innenminister seine Unterstützung nicht versagen. Die hier angeschlagenen Töne klangen dem ehemaligen SA-Mann Schröder wohlvertraut in den Ohren. Im gleichen Top heißt es nämlich in den „Burschenschaftlichen Blättern“ des Jahres 1933: „Der Führer verlangt die Ausbildung des Charakters, die Weckung des Selbstbewusstseins, die Erziehung zu Opferwilligkeit und Treue.“ „Der neue nationalsozialistische Staat würdigt die studentischen Waffenverbände als Erziehungs- und Aus-

lesgemeinschaften - nicht zuletzt ihrer Wehrerziehung wegen.“ Deshalb also hat der Bonner Innenminister keinerlei Bedenken gegen die Förderung der Korporationen. Warum sollte er auch? Die Korporationen kennen ihre Pflichten, die in einem Rundbrief der „Allgemeinen“ in Kiel folgendermaßen gekennzeichnet wurden: „Die Korporationen haben heute unserem Volke gegenüber mehr Pflichten denn je, da sie dazu beitragen, dem deutschen Volke die Elite zum Wiederaufstieg zu stellen.“ „Der Geist dieser „Elite“ kennzeichnet folgender Auszug aus dem „Burschenschaftlichen Arbeitsbuch“, Das Wort vom „Volk ohne Raum“ ist fürchtbar. Wahrheit geworden. Schon deshalb können wir unmöglich auf unsere Ostgebiete verzichten.“ „Die unter dieser Lösung begangenen faschistischen Gräueltaten werden verniedlicht, wenn sie einmal nicht ganz totzuschweigen sind.“ „Was in den KZ geschah, ist, soll nicht totgeschwiegen werden, aber auch hier muß die Forschung eindringen, um festzustellen, ob sich Millionen oder 170 000 umgebracht worden sind.“ („Burschenschaftliche Blätter“ 1939)

Den heute nicht in allen Korporationen offen erklärten, aber überall unterschwellig vorhandenen Antisemitismus können sie auch nicht dadurch verleugnen, daß vielfach erst in allerletzter Zeit die „Arier-Paragrafen“ aus den Aufnahmebedingungen gestrichen wurden. Die „Deutsche Woche“ schreibt am 22. März 1961 dazu: „Es kommt noch häufig genug vor, daß bei der Aufnahme in eine Burschenschaft nach der Rasse gefragt wird, denn: Juden sind nämlich keine Deutschen“ (Köln - oder: Wenn du keine jüdischen Großeltern hast, steht deiner Aufnahme nichts im Wege, wir sind streng antisemitisch“, Marburg)

All das erhält, warum SA-Schröder die Korporationen zu seinen Protektionskindern macht. Solche Apostel des Revanchismus, der Rassenhetze und nationalen Über-

beblühtheit haben eine Funktion im Bonner Staat. Sie dienen der Verblindung der Jugend im Sinne des herrschenden klerikal-faschistischen.

Wirtschaftlicher Druck der „alten Herren“

Man darf die in den Korporationsverbänden heranwachsende Gefahr nicht unterschätzen. Wenn man ihren eigenen Vertrauensorgane Glauben schenkt, haben sie heute an den westdeutschen Universitäten bereits wieder 60 000 Mitglieder. Viele Studenten treten den Farben tragenden und schlagenden Verbindungen ein, und allein deshalb, weil sie sich davon einen Vorteil in ihrer späteren beruflichen Entwicklung versprechen. Die „alten Herren“ üben so durch ihre zahlreichen Verbindungen, durch ihre Machtpositionen in Staat und Wirtschaft einen Druck auf eine große Zahl westdeutscher Studenten aus. Auch dieser indirekte Druck auf Studenten, die über keinen einflussreichen Vater verfügen, durch Beitritt zu den Verbindungen einen guten „Pusten zu erhaschen“ ist ein Ausdruck der „Freiheit“ des angebenden Akademikers im Bonner Staat.

Zu der in diesen Verbänden bestehenden Cliguenwirtschaft heißt es in einem Kommentar der „Deutschen Korpszeitung“: „Die Cliguenwirtschaft wird von uns ... nicht zuviel, sondern zuwenig geübt. Wir wissen doch, was korpsstudentische Erziehung und Haltung im ganzen späteren Leben bedeuten. Ein Korpsstudent bringt deshalb gegenüber einem anderen Bewerber mit sonst gleicher fachlicher Eignung zusätzlich soviel Gewähr für größere Vertrauensfreudigkeit mit, daß die Wahl nicht schwer fallen sollte.“

Differenzierungsprozess

macht vor Korporationen nicht halt. Der von den klärenden Auseinandersetzungen im günstigen Ringen unserer Zeit beeinflusste Differenzierungsprozess

macht auch vor den Korporationen nicht halt. Beispielsweise haben die „Germanen“ in Marburg bei dem gesamtdeutschen Gespräch mit Volkskammerpräsident Dr. Diekmann den Saalbesitz übernommen. Das ist der Grund, warum SA-Schröder seine Protektionskinder sorgfältig auswählt. Der „Industriekurier“, das in Düsseldorf erscheinende Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, schrieb dazu am 14. März 1961: „Die den Korporationen zufallenden Mittel aus dem Bundesjugendplan sind lediglich zur Förderung der von Verbindungen betriebenen staatsbürgerlichen Bildung (von den Verf. gesperrt) bestimmt.“

So zeigt sich, daß es nicht leicht für die revanchistischen Schirmherren der Verbindungen ist, 60 000 junge Menschen vor ihren Karren zu spannen. Neben einer „Steuerung“ der Schröderschen Mittel will man deshalb heute vor allem über die Dachorganisation der Korporationen den alten Ungeist in die einzelnen Verbindungen und ihre Mitglieder tragen. Ein Beispiel dafür war der sogenannte „Deutsche Burschentag 1961“, der im Mai 1961 in Nürnberg stattfand. Dort sprach vor über 6000 Burschenschaftlichen und ihren „alten Herren“ der bayrische CDU-Minister Stein u. a. vom „Recht auf die sowjetisch besetzte Zone, auf Pommern, Schlesien und Ostpreußen“ und offenbarte so sehr deutlich, wie der Revanchismus in den Burschenschaften seine Heimstatt gefunden hat.

Wenn weiter auf dieser Hetzveranstaltung gesagt wurde, jegliche Kontakte mit der „kommunistischen FDJ“ seien abzulehnen, ist das eine unnötige Bemerkung, denn wir legen keinen Wert auf Kontakte mit Organisationen, die revanchistische Ziele verfolgen. Wir werden aber stets mit verständigungsbeorientierten westdeutschen Kommunisten, auch wenn sie Verbindungen angehören, über die Lebensfragen unseres Volkes sprechen. Solche Gespräche kann nicht Herr Schröder und erst recht nicht der Verband der westdeutschen Burschenschaften verhindern.

Helmut Rieck, Wolfgang Bode

Verschiedentliche Andeutungen in der Westpresse über eine bevorstehende staatliche Subventionierung der studentischen Korporationen fanden am 24. Februar in diesem Jahre ihre Bestätigung, als der Bonner Innenminister Schröder mitteilen ließ, daß einer Förderung der Korporationen im Rahmen des Bundesjugendplanes keinerlei Bedenken entgegenstünden. Zunächst wurde von Zuschüssen in Höhe von etwa 50 000 D-Mark für das Jahr 1961 gesprochen. Begründete Erregung darüber in breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit, zu deren Sprecher sich beispielsweise der Bundesjugendring mit einer scharfen Protestklärung machte. Bislang hatte es der klerikal-faschistische Bonner Staat noch nicht gewagt, die Korporationen finanziell zu unterstützen.

Oh, welche Wendung der Dinge

Durch das Potsdamer Abkommen waren die farbentragenden und schlagenden Verbände verboten worden. Die in ihnen aufgezogene „Elite“ hatte die faschistische Barbare organisiert, helfen, war willig ausgezogen, um die Welt „am deutschen Geißel zu lassen“ und als Anführer oder Handlanger bei der Ermordung von Millionen „Ungeistigen“ schuldig geworden. Verständlich, daß breiteste Kreise der westdeutschen Bevölkerung und besonders der Studenten heftigen Protest erhoben, als nach der Gründung des Bonner Staates vereinzelt die ersten Verbindungen von den „alten Schlägern“ gegründet wurden. Nach 1952 mußten an der Frankfurter Universität die Gründer der ersten Verbindungen durch ein Spalier protestierender Studenten in ihr „Kneipzimmer“ marschieren.

Doch bereits zu dieser Zeit entfalteten die „alten Herren“, die in zunehmendem Maße wieder führende Positionen in Staat und Wirtschaft Westdeutschlands einnahmen, eine bemerkenswerte Initiative, um den Ungeist der Korporationen weiter in die westdeutsche akademische Jugend zu tragen.

Seit 1949 jubilierten diese Kreise wieder: „O quae mutatio rerum“ - („Oh, welche Wendung der Dinge“) - und sangen ihre Universitätszeitung, Nr. 24, 13. 6. 1961, S. 6